

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringelohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Volkssekretariat** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gelbaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Glanzschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gelbaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkstanstalten entgegen.

Der Parteitag in Halle.

Halle, 13. Oktober.

Hochgericht! Das ist das Wahrzeichen des zweiten Verhandlungstages. Zeigt das Schlusswort der Genossin Zieh noch einmal die Unlauterheit der „linken Führer“, die das, was sie selbst mit beschlossen haben, heute verleugnen und der Parteileitung zum Vorwurf machen wollen, so droht die gewaltige Wucht der Anklagen erst aus der Rede Crispiens. Er hat die grundsätzliche Auseinandersetzung nicht zu scheuen. Er ist in der Lage, klare, scharf umrissene Ideen dem Gedankenwettbewerb der Moskauer Klänge entgegenzusetzen. In großangelegten Ausführungen entwickelt Crispien die Grundzüge der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er behauptet nicht nur, daß sie die einzige Repräsentantin des revolutionären Sozialismus in Deutschland ist, er führt auch kühnen Beweis. Weder die rechtssozialistische Partei noch die konfusen, putschistischen, atavistischen und opportunistischen Kommunisten können die Aufgaben des revolutionären Sozialismus in Deutschland erfüllen, sondern allein die USP. Dem Wahn der Müller-Däumigs, die mit den christlichen Gewerkschaften den Sturz des Kapitalismus herbeiführen wollen, stellt er die zielklare Forderung nach Organisation der bewußtrevolutionären Arbeiter in der USP. und im Räte-System gegenüber. Dem Moskauer Traum von der sofortigen revolutionären Machtergreifung in Westeuropa stellt er die nackten Tatsachen der Wirklichkeit entgegen, die Notwendigkeit der Schaffung einer tatsächlichen Macht durch Erziehung der Arbeiter zu revolutionärem Bewußtsein. Die Linke schweigt zu diesen klaren grundsätzlichen Erörterungen. Sie schweigt, als Crispien die fast an alldeutsche Methoden grenzende Taktik der Kommunisten und der Linken kennzeichnet, die das deutsche Proletariat nach Moskauer Diktat in den Kampf mit Frankreich hegen möchten. Wir sind nicht Garanten des Friedensvertrages von Versailles, aber wir wissen, daß nur eine gemeinsame Aktion des deutschen, französischen und englischen Proletariats diesen Friedensvertrag beseitigen kann, daß jeder andre Versuch lediglich zu einer Festigung des imperialistischen Kapitalismus und zur völligen Zertümmung der sozialistischen Bewegung führen muß.

Nun kommen die großen wichtigen Anklagen gegen Däumig und Stoeker, die als Beauftragte der Partei in Moskau Berat an der Partei begingen, indem sie die vereinbarten Grundzüge, die eine Mitwirkung der USP. bei den internationalen Leisgaben forderten, verleugneten. Erst der Unfall Däumigs und Stoekers hat den Moskauer Diktatoren den Mut zur Verschärfung der ursprünglich durchaus diskutablen Bedingungen gegeben. Man hat aus Moskau deutlich erkennen lassen, daß man nur die Massen, die willenlosen Massen als Sklaven für das Moskauer Diktat haben will. Jeder selbständig denkende Funktionär der Partei ist für Moskau ein Hindernis. Crispien hat vor allen klar erkannt, worum es sich für Moskau handelt, und er erklärt deshalb mit vollem Recht, wer sich zu den Moskauer Bedingungen bekennt, vollzieht damit seinen Austritt aus der USP. und seinen Uebertritt zur KPD.

Die Linke wagt nicht, den donnernden Beifall zu stören, der minutenlang anhält und der sich auf die Tribünen fortpflanzt, obwohl dort so sorgsam verteilt die Moskauer Claqueure sitzen. Man kann überhaupt feststellen, daß die Moskauer Apokalypse es sich etwas kosten lassen. Unzählige Funktionäre verteilten Propagandaabroschüren in Massen.

Die Linke vertraut völlig auf ihre rein numerische Macht. Sie hat nicht die Absicht, sich irgendwie in geistige Unkosten zu kürzen. Das den gestrigen Nachmittag ausfüllende Referat Däumigs war das matteste und schwächste, was man je von ihm gehört hat. Mit keinem Wort reichte er an die dogmatische und geschichtliche denkwürdige Auseinandersetzung Crispiens zwischen den kommunistischen Prinzipien und den Prinzipien unserer Partei heran. Schon dem Ton nach war seine Rede ein einziges großes Klage Lied. Zwei Jahre lang hat die Unabhängige Partei jede Gelegenheit zum Forttreiben der Revolution verpaßt, und er selbst bekennt sich mit den andern als politischer Stümper. Es scheint, daß Moskau dieses Bekenntnis von allen sogenannten Führern der Linken verlangt, das Erkennen, daß sie zwei Jahre lang unfähig waren, in Deutschland die politische Situation zu übersehen, und daß sie nunmehr dem Diktat der in Moskau sitzenden Allwissenden und Allwissenden folgen werden. Wenn Däumig seinen engeren Freunden nach der Rede erklärte, daß er nichts Persönliches in seiner Rede gesagt habe, so hat er damit voll recht, und man kann ihm dieses Selbstlob gern zugestehen. Man muß aber andererseits feststellen, daß er auch nicht das geringste Sachliche gesagt hat. Die Wiederholung von ein paar Moskauer Phrasen, ein paar Zitate Lenins und Sinowjews, die nicht einmal in irgendeinem klaren, organisch aufgebauten Zusammenhang standen, waren der große Inhalt seiner fast drei-

stündigen Ausführungen. Die Linke schien sehr enttäuscht von der Rede Däumigs. Beifall durchbrauste das Haus nur immer dann, wenn Däumig sich für die Annahme der Bedingungen erklärte, ein Beifall, der wiederum, wie schon bei der Begrüßung Sinowjews durch Dittmann, den Eindruck einer sorgfältig organisierten Claque machte. Auch der Schluss-Beifall war matt und reichlich nicht im engersten an den stürmischen Beifall heran, der minutenlang der Rede Crispiens gefolgt war.

War der erste Tag eine moralische Niederlage der Linken bei der Behandlung der Frage der Vergangenheit, so war der gestrige ein völliger Zusammenbruch der linken Führer bei der Erörterung der Frage der Zukunft. Sie haben durch Däumig nicht einen einzigen neuen Gedanken vortragen können, haben einzig und allein sich zu den Gedanken Lenins bekannt, daß das ganze Proletariat der Welt sofort aufstehen müsse, um die bolschewistische Revolution zu retten.

Der Donnerstag wird ausgefüllt sein mit den Referaten von Dittmann und Stoeker sowie den kurzen Ansprachen Sinowjews und Martows. Erst am Freitag wird dann die Diskussion einsetzen können.

Halle, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wer geglaubt hatte, daß eine größere Niederlage der Linken nicht mehr möglich sei, wurde heute schwer überrascht. Dittmanns Rede war in jedem Satz eine einzige große Niederlage der Linken. In großen Linien skizzierte Dittmann, warum wir unmöglich die Bedingungen annehmen können, warum eine militärische Zentralfaktion der Partei für uns undenkbar sei. Er erklärte weiter von sich aus, daß es unmöglich sei, die Taktik der russischen Kommunisten anzuerkennen, wie gestern bereits Crispien gekennzeichnet hatte, daß man erst die politische Macht ergreifen müsse, um dann durch Terror die Massen zum revolutionären Sozialismus zu zwingen. Er ging dazu über, aus der gesamten Literatur der Politiker von Moskau seine Ausführungen durch Aussprüche dieser Männer zu belegen. Er zitierte Karski, der erklärt hatte, daß ein europäischer Krieg keinesfalls entsefelt werden dürfe, um aus diesem Krieg die Revolution durchzuführen. Er zitierte Lenin, der erklärt, daß man nicht in jeder Situation sofort die Eroberung der politischen Macht anstreben kann, der diese Methode als Kinderkrankheit des Kommunismus kennzeichnet. Dann verliest er Absätze aus einem Artikel in der Prawda, indem der Sekretär der russischen kommunistischen Partei erklärt, wie zerstörend die Zentralisation der Partei auf die Organisation gewirkt habe, wie die Massen den Führern entfremdet seien und wie die Bürokratie überhand nehme. Gerade zur rechten Zeit trifft ein Artikel Sinowjews in der Prawda ein, den Dittmann wörtlich verliest.

Greuelstaten gegen beharabische Sozialisten.

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der roten Fahne wird aus Czernowiz gemeldet: Der Vorwärts, das Organ der sozialdemokratischen Landesorganisation in der Bukowina, schreibt am 1. Oktober: In Zassyn findet gegenwärtig ein Strafprozess gegen 39 beharabische Sozialisten statt, die „bolschewistische Umtriebe“ bezichtigt werden. Dem Sozialismus entzogen wir nachstehende Tatsachen über die Behandlung der Angeklagten. Unter anderem erzählten die Häftlinge, daß ihre Frauen, die gekommen waren, um sie im Gefängnis zu sehen, von den Agenten der Polizei ergriffen worden sind, die sie mit ihnen im abgedeckten Zimmer einsperren. Die Frauen bezüchten mit ihren Körpern die Verwegenheit eines Besuchs bei den Häftlingen. An den Verhandlungen sind einige Häftlinge gestorben. Manche Häftlinge, denen die Flügel mit Benzin besoffen und angezündet worden sind, liegen gegenwärtig noch im Spital. Jeder von den Häftlingen wurde, ohne verhört zu werden, geschlagen und auf gewöhnliche Weise gemartert und dann gezwungen, irgendeine von einem Agenten verfaßte Erklärung zu unterschreiben. Wer sich zu unterschreiben weigerte, wurde mit im Feuer glühend gemachten Drähten so lange gestochen, bis er die Erklärung unterschrieb. Die Greuelstaten wurden von beharabischen Abgeordneten, die von jedem Verdacht bolschewistischer Neigung frei sind, unter Eid bekräftigt.

Deutsch-französische Einigungsverhandlung.

Berlin, 14. Okt. (T. U.) Die Vermittlungsversuche, die Dr. Simons dem Berliner französischen Botschafter übergeben hatte, waren in der letzten Kabinetsitzung Gegenstand einer eingehenden Besprechung und fanden die einmütige Billigung des Kabinetts. Wie weiter berichtet wird, hat Staatssekretär Bergmann in Paris die weiteren Verhandlungen mit der französischen Regierung aufgenommen. Wie verlautet, ist er mit dem Ergebnis der Besprechungen mit den französischen Wirtschafts- und Finanzkreisen zufrieden.

Von der Wirtschaftskonferenz in London.

London, 13. Oktober. Der Vorsitzende der internationalen Wirtschaftskonferenz in London Sir George Raith erklärte, daß, falls den Ländern, die durch den Krieg am meisten gelitten hätten, nicht geholfen werde, Großbritannien in kurzer Zeit vor großen Schwierigkeiten stehen werde. Er trat für eine Revision des Friedensvertrages ein. Simon, der frühere holländische Justizminister, schlug vor, Deutschland einen Kredit zum Ankauf von Rohstoffen zu gewähren.

Reichswirtschaftsbank.

B. A. Die Krise der deutschen Wirtschaft nimmt von Monat zu Monat schärfere Formen an. Die amtlichen Ziffern über die Zahl der Arbeitslosen und der mit verkürzter Schicht Arbeitenden sprechen eine deutliche Sprache, und es ist angesichts der gesamten ökonomischen Lage damit zu rechnen, daß die Entwicklung während der kommenden Wintermonate in der gleichen Richtung verlaufen wird. Die breiten Massen des Proletariats sind unter diesen Verhältnissen bei den durchaus unzulänglichen Beiträgen der öffentlichen Unterstützung dem grauenhaften Elend der Unterernährung, der Tuberkulose und der fortschreitenden Entkräftung überantwortet, ganz abgesehen von den nicht minder wesentlichen moralischen Einwirkungen einer längeren Arbeitslosigkeit. Es ist angesichts eines derart unerträglichen Zustandes der Lebenshaltung selbstverständlich, daß die Empörung und Verzweiflung ständig neue Antriebe empfangen und daß der Wille, eine Veränderung herbeizuführen, Aktionen auslöst, die vom Standpunkt der gesamten Arbeiterbewegung keinesfalls begrüßt werden können, weil sie eine Vergeudung proletarischer Kräfte sind und die Gefahr blutiger Niederwerfung mit sich bringen. Die Negierung muß sich aber im klaren darüber sein, daß sie mit ihrer unzulänglichen Politik gegenüber diesen brennendsten Fragen der Gegenwart den Nährboden von Verzweiflungsausbrüchen schafft und daß das Arbeitsproblem als ein blutiges Menetekel am Horizont der bürgerlichen Gesellschaft steht! Alle bisherigen Maßnahmen des Reiches und der Länder haben sich auf Erwerbslosenunterstützung, produktives Erwerbslosenfürsorge und ähnliche Versuche beschränkt, obwohl es keinem Zweifel unterliegen konnte, daß man damit wohl einer vorübergehenden Krisenerscheinung zu steuern vermag, aber keinesfalls der tiefen Not der Gegenwart Herr werden kann.

Es ist nunmehr der Gedanke aufgetaucht, eine Reichswirtschaftsbank zu gründen, die zur Versorgung der Industrie mit Kapital und zur Aufrechterhaltung der Produktion beitragen soll. Angesichts dessen, daß die privaten Bankunternehmen gerade in kritischen Zeiten verjagen müssen, weil sie alsdann nur auf die Sicherung ihrer eigenen Kapitalien bedacht sind und die Lage der Gesamtwirtschaft nur insoweit beachten, als sie selbst unmittelbar davon betroffen werden, erscheint die Gründung eines Reichsunternehmens mit dem besonderen Zwecke der großzügigen Hilfeleistung in kritischen Perioden an sich durchaus diskutabel. Es wird zwar von den Bankfirmen unter der Begründung, daß sie selbst für die angegebenen Zwecke ausreichend gerüstet seien, mit aller Entschiedenheit gegen die Gründung der Bank polemisiert, aber es ist jedem Beobachter der tatsächlichen Verhältnisse bekannt, daß bei einem stärker auftretenden Kapitalbedarf der Industrie, mit dem bei der Erschütterung der deutschen Wirtschaft zur Zeit allerdings kaum gerechnet werden kann, die verfügbaren Kapitalien unserer Banken mehr als unzulänglich sind. Bei einer vollen Wiederaufnahme der Produktion würden bei dem niedrigen Wertstand der Reichsmark Beiträge notwendig sein, die weit über die Kraft der deutschen Bankunternehmen hinausgehen.

Die Gründung einer Reichswirtschaftsbank als zentrale Kraftquelle für die deutsche Industrie in Zeiten besonders großen Bedarfes und krisenhafter Anreize ist an sich durchaus vernünftig, und wir haben keinen Grund, ein derartiges Projekt zu bekämpfen, insbesondere da jede organische Zusammenfassung innerhalb der heutigen Wirtschaft von uns als technisches Hilfsmittel für die dem Proletariat nach der Eroberung der politischen Macht erwachsenden Aufgaben bewertet und aus diesem Grunde gefördert wird. Es darf aber keine Unklarheit darüber herrschen, daß eine solche Partei außerstande sein wird, in der schweren gegenwärtigen Krise eine Gesundung herbeizuführen und den Gefahren der Arbeitslosigkeit und des Niederganges der Produktion zu begegnen. Wir haben an dieser Stelle so oft auf die Ursachen der Wirtschaftskrise und auf die zahllosen damit zusammenhängenden Probleme hingewiesen, daß es wohl genügen wird zu betonen, wie unmöglich es ist, unter Beibehaltung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung an die Lösung der ökonomischen Aufgaben heranzutreten. Die Finanzierung der Produktion mit Hilfe des Reichskredits und der Notenpresse kann nur in einem beschränkten Umfang erfolgen und sie würde außerdem auf den geschlossenen Widerstand des Unternehmertums stoßen, so bald man die unerlässlichen Konsequenzen aus dieser Finanzierung durch das Reich ziehen wollte. Es braucht nur an die scharfen Proteste der Händler erinnert zu werden, als vor einigen Monaten bei einigen Verbindungen zwischen Produzenten und Gewerkschaften zwecks Beschaffung von Aufträgen herbeigeführt wurde, und es ist ebenso sicher, daß dieser gut organisierte Kampf der Interessenten einen großen Umfang annehmen würde, wenn nun mit Hilfe von Reichs-